

In dieser Ausgabe

Rechtsextremismus
AfD & Co.

Seite 2

Landrat antwortet auf
entfallenen Schulbesuch
für Flüchtlingskinder

Seite 3

Einsatz für Mieter und
soziales Wohnen
in Buckow

Seite 4

LINKE tagen zwischen
Wassersystem und
ländlichem Gerät

Seite 5

Seelower LINKE
beantragt Bürgerbudget

Seite 5

BO Tamara Bunke/
Strausberg

Seite 6

Bewerber*innen gesucht!
Werde Kandidat*in
der Partei!

Seite 7

Kirsten Tackmann:
Wildtierhandel – Infektions-
gefahren in die gesetzliche
Regulierung einbeziehen

Seite 7

Impulse für
impulse

Seite 8

Unsere Friedenswoche diesmal anders

Liebe Genossinnen und Genossen,
ein deutliches Zeichen gegen Krieg, Hetze, Aufrüstung, Waffenexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr setzt DIE LINKE. Märkisch-Oderland traditionell mit einer Friedenswoche immer um den Weltfriedenstag am 1. September.

Der Kreisvorstand ruft Euch auf, auch in diesem Jahr trotz Corona in Euren Orten kreative Aktionen vorzubereiten, um so das wichtige Thema Frieden gut vernehmbar zu Gehör zu bringen.

In Strausberg ist zum Beispiel die Veröffentlichung eines Friedensappells

mehrerer, teils prominenter Autore*innen und Mitunterzeichner*innen geplant.

Außerdem soll am 29. August eine Menschenkette mit dem Friedensgedanken bei Musik und einem kleinen Rahmenprogramm durch die Innenstadt ziehen (unter Einhaltung des Sicherheitsabstandes). Die Buckower LINKE wird zusammen mit örtlichen Künstler*innen einen Aktionsnachmittag im Freien am 5. September ausrichten.

Vielleicht sind das ja auch Anregungen für Euch. Bitte informiert unseren Kreisvorstand recht bald über Eure der Situation angepassten Ideen und Pläne. Wenn Ihr Fragen habt oder Euch mit uns abstimmen wollt, dann meldet Euch bitte bei der Kreisgeschäftsstelle.

*Euer Niels-Olaf Lüders
Kreisvorsitzender
DIE LINKE. MOL*



Sonnabend,
30. August '08
Von 10.00 bis 24.00 Uhr



Rechtsextremismus entgegenstellen – Vernetzung notwendig

Anfang Juni wurde unsere Landtagsabgeordnete, Bettina Fortunato, vom Netzwerk für Toleranz und Integration zum Netzwerktreffen in Trebnitz eingeladen. Die Veranstaltung



Bettina Fortunato (Mitte) bei Netzwerkberatung in Trebnitz

hatte das Schwerpunktthema „Rechtsextremismus“. Prof. Dr. Gideon Botsch, Lei-

ter der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus, schilderte, welche Herausforderungen sich aus der Entwicklung des Rechtsextremismus ergeben. Er machte

sehr deutlich, dass der Rechtsextremismus in Brandenburg schon immer unterschwellig vorhanden war, aber zunehmend aggressiver wird. Hauptsächlich beschäftigte sich Prof. Dr. Botsch mit der AfD. Er verwies auf die enge Verknüpfung der AfD mit ausländerfeindlichen Netzwerken sowie Vereinen mit rechtem Gedankengut. Bis 2014 hatte sich das rechtsextreme und flüchtlingsfeindliche Gedankengut auf Aktivitäten von neonazistischen Gruppierungen

sowie der NPD und parteigebundener „Kameradschaften“ beschränkt. Die AfD wurde immer stärker und mit der 2015 verabschiedeten „Erfurter Resolution“ gründete sich der „Flügel“.

Das Alternative Jugendprojekt 1260, das zum Netzwerk für Toleranz und Integration gehört, betreibt eine Beratungsstelle, in der sämtliche rechtsgerichtete Aktivitäten gebündelt werden. So haben sie das Jahr 2019 in einer Chronik rechter Straftaten wie rechte Bedrohungen, Schmierereien, Angriffe und Propagandadelikte zusammengefasst und einen Anstieg zum Vorjahr festgestellt (nachzulesen unter www.horte-srb.de/borg).

Bettina Fortunato betonte eindringlich die Notwendigkeit solcher Bündnisse aus Vereinen, Verbänden, Behörden, Kommunen und Einzelpersonen. Ihr Fazit: Es gibt viel zu tun, um dieses braune Gedankengut auszumerzen.

*Simone Schubert
Strausberg*

FRIEDENSGEDICHT



Wortschätze horten

Wie leichtfertig doch manche bösen
Worte unseren Mund verlassen.

Verletzende, kränkende Worte.

lieblose, verächtliche Worte.

Niederschmetternde, zerstörende Worte.

Worte wie Keulenschläge.

Worte wie Peitschenhiebe.

Worte wie Giftpfeile.

Du kannst sie nicht zurückholen.

Das Unheil, das sie anrichteten,

kannst du nicht rückgängig machen,

Besser,

sich beizeiten einen Vorrat anzulegen

an guten nährenden Worten.

Worte sammeln,

auf die man sich verlassen kann.

Worte, die halten, was sie versprechen.

Wohlthuende, freundliche Worte.

Aufbauende, ermutigende Worte.

Aufrichtige, herzliche Worte.

Gute und böse Worte sind Samenkörner.

Sei gewiss: Die Saat geht auf!

© Gisela Baltés

AfD ist und bleibt Gefahr für die Demokratie

Zur Beobachtung der Brandenburger AfD durch den Verfassungsschutz erklären die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag, Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter, am 15. Juni:

Es ist gut, dass nun endlich auch der Verfassungsschutz feststellt, dass die AfD eine Gefahr für die Demokratie ist. Es muss nun auch dem Letzten klar sein: Diese Partei ist nicht nur mit ihrem mittlerweile inoffiziellen Nazichef Andreas Kalbitz verfassungsfeindlich,

agiert rechtsradikal und muss bekämpft werden. Die Beobachtung darf aber – anders als in den neunziger Jahren – nicht zu einer Stärkung und zu einem weiteren Aufbau von rechten Strukturen durch den Verfassungsschutz führen. Das war ein wichtiges Ergebnis aus dem Brandenburger NSU-Untersuchungsausschuss.

Die Bekämpfung der extremen Rechten und ihrer Netzwerke bleibt für uns alle eine Aufgabe. Eine wachsame und engagierte Zivilgesellschaft ist der beste Verfassungsschutz.

ANTIFASCHISTISCHE GEDENKWANDERUNG AM GAMENGRUND

Auf den Spuren des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus im Gamengrund und in Tiefensee lädt der VVN-BdA Märkisch-Oderland zu seiner ersten antifaschistischen Gedenkwanderung am **Samstag, 22. August**, ein. Die Strecke führt vom Bahnhof Tiefensee zum Gedenkstein im Gamengrund. An dieser Stelle wollen die Teilnehmer an die etwa 50 Antifaschisten erinnern, die sich hier am 24. August 1941 trafen, um Aktionen gegen den Krieg Nazideutschlands nach dem Einmarsch in die Sowjetunion zu beraten. Bis Kriegsende wurden die meisten Teilnehmer hingerichtet.



Landrat antwortet auf entfallenen Schulbesuch für Flüchtlingskinder

Da der Heimleiter der Gemeinschaftsunterkunft (GU) Neuhardenberg nicht vorschriftsmäßig für den Schulbesuch von 18 Kindern ab Januar 2020 gesorgt hatte, werde der Betreiber der GU aus dem Fehlverhalten personelle Konsequenzen ziehen. Das geht aus der Antwort vom Landrat von Märkisch-Oderland, Gernot Schmidt, auf eine Anfrage der Kreistagsabgeordneten Gabriele Gottschling (LINKE) hervor. Über den Vorfall hatte Impulse in seiner Juni-Ausgabe berichtet. Die Schulpflicht sei ab Juni für alle betroffenen Schulkinder realisiert worden. Zudem werde eine „Som-



merschule“ für die Kinder aus der GU organisiert, so Schmidt weiter. Die Kreisverwaltung habe das staatliche Schulamt zudem um Klärung gebeten, ob die Schulleitung die Aufnahme der Kinder abgelehnt hätte. r. a.

(Un)demokratisches Verhalten einer Verwaltung



Postfach

Am 30. April 2020 richtete das Aktionsbündnis für Menschlichkeit und Solidarität – Offenes MOL – einen offenen

Brief an die Mitglieder des Ausschusses Gesundheit, Soziales und Integration im Kreistag und den Landrat des Landkreises Märkisch-Oderland, Gernot Schmidt. Er wurde aktiv unterstützt von mehreren Vereinen und Einzelpersonen des Landkreises. Im Brief wurden Forderungen nach Corona-Sofortmaßnahmen zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner in Gemeinschaftsunterkünften in MOL erhoben. Dabei ging es vor allem um die Schaffung besserer Abstandsmöglichkeiten in Unterkünften durch die zusätzliche Nutzung leer stehender Objekte wie in Drei Eichen und in der Jugendherberge Buckow.

Diese Forderungen wurden durch den zuständigen 1. Beigeordneten des Landrates, Friedemann Hanke, in der folgenden Sitzung des Ausschusses aufgrund der Kosten als nicht durchführbar benannt, ohne dies näher zu erörtern und zu begründen.

Am 13. Mai 2020 erhielt ich auf meine Nachfrage vom Pressesprecher des Landrates eine Antwort (Auszug):

„Sehr geehrter Herr Steinkopf, der Landrat hat mich beauftragt, Ihnen auf Ihre E-Mail zu antworten. ... Den offenen Brief zur Lage und Situation in den Sammelunterkünften habe ich gelesen. Er strotzt vor Fehlern und einer Überheblichkeit, die wahrlich beachtlich ist. ... Melden Sie sich bitte erst wieder beim Landkreis, wenn Sie eine im Ansatz qualifizierte Anfrage haben. ...“

In meiner Antwortmail vom 15. Mai 2020 wies ich die Vorwürfe zurück, stellte fest, dass die Antwort zwar polemisch ist, aber die Probleme der Gemeinschaftsunterkünfte und des offenen Briefes nicht beantwortet und bat weiterhin um eine Antwort auf den offenen Brief. Ich habe bis heute keine Antwort.

(Der offene Brief und der Mailaustausch können auf der Website des Stadtverbandes <http://www.dielinke-strausberg.de> im vollen Wortlaut eingesehen werden, das Selbstverständnis des Bündnisses unter <https://www.offenesmol.net/venue>.) Dieser Umgang der Verwaltung mit Bür-

ger*innenn ist mir völlig unverständlich. Diese Antwort hat mein Verständnis für die bürgerliche Demokratie aufgelöst (man muss das Zusammenleben auch in der Marktwirtschaft bei aller Betonung der individuellen Freiheit irgendwie organisieren) und mich wieder auf die klassenmäßige Wertung der Demokratie in der Marktwirtschaft nur für und durch die Bourgeoisie (die Besitzenden) und eben nicht für alle Menschen, die grundsätzlich gleich sind, zurückgebracht und mir den Klassencharakter wieder demonstriert. Und da ignoriert die Verwaltung dann unliebsame Fragen von Nichtbesitzenden.

Es stellt sich mir die Frage, ob es sich hier um (un)demokratisches Verhalten einer Verwaltung oder nur um eine Charakterfrage der Beamten handelt. Meine Antwort – sowohl als auch. Die Gesellschaft der Bundesrepublik muss weiterentwickelt werden mit dem Ziel einer sozial gerechten und demokratischen Gesellschaft für alle Menschen in ihr. Nur die eventuelle Chance einer Teilhabe für den Teil der Gesellschaft ohne ökonomische Macht ist nicht ausreichend.

Christian Steinkopf
Strausberg

Einsatz für Mieter und soziales Wohnen in Buckow

Wohnungen werden als Ware auf einem Wohnungsmarkt gehandelt – ein kapitalistischer Wohnungsmarkt, wie wir ihn heute in seinen bekannten Ausprägungen und spürbaren Extremen erleben mit

- Mietpreissteigerungen in manchen Regionen bereits bis zur Hälfte der Einkommen betroffener Mieter*innen,
- Verdrängung insbesondere Einkommensschwächerer aus ihren Wohnungen und Vierteln.

Zur Wohnungsfrage in Buckow

Dies gilt nicht nur für die Großstädte, sondern auch in zunehmendem Maße für das Umland, aber auch für attraktive, von Tourismus geprägte Gemeinden wie unsere Kurstadt Buckow in der Märkischen Schweiz. Wir verzeichnen verstärkten Zuzug und Steigerung der Mietpreise bis zu 10,- € pro Quadratmeter.

Umso wichtiger wäre es, preisgünstige Mieten insbesondere für einkommensschwächere Haushalte zu sichern. Die Buckower LINKE setzt sich seit Jahren dafür ein und wendet sich gegen den Ausverkauf städtischer Immobilien, die bisher bezahlbares Wohnen für Jung und Alt ermöglichten.

Allein schaffen wir das nicht!

Die Buckower LINKE hat, um in der Stadtverordnetenversammlung durchsetzungsfähiger zu sein, gemeinsam mit der neuen Liste Bürgerdialogbuckow (BDB) mit Carolin Schönwald und Pro Zukunft mit Melitta Schubert die Fraktion Linke.Zukunft.Dialog gebildet. Neben der Wohnungsfrage setzen wir uns gemeinsam für soziale, bürgerfreundliche Lösungen zur Stärkung der sogenannten Grunddaseinsfunktionen (arbeiten, sich versorgen, sich bilden, in Gemeinschaft leben, am Verkehr teilnehmen) ein mit Betonung verstärkter Bürgerbeteiligung.

Stadt hat verkauft – Mieter sollen gehen!

Aktuell kümmern wir uns um die Mieter*innen in der Wriezener Straße 55, bis vor zwei Jahren eine städtische Immobilie am Buckowsee. Sie wurde gegen unseren Willen und Stimme im Rahmen eines Bieterverfahrens verkauft. Durchsetzen konnten wir immerhin, dass aufgrund der Sozialstruktur der Mieter (neben einem eingeforderten Nutzungskonzept zur Stärkung der kurörtlichen Entwicklung) im Vergabeverfahren großer Wert auf eine „Verpflichtung zum Erhalt der bestehenden Mietverträge“ (Buckower Nachrichten vom November 2017) gelegt worden ist.

Offensichtlich wurde diese Auflage aber nicht bindend festgehalten. Denn schon in den letzten Wochen und zuletzt bei einem gemeinsamen Grillen unserer Fraktion mit den Mieter*innen der Wriezener 55 mussten wir mit Bestürzung feststellen, dass die Käuferin und jetzige Vermieterin in ihrem großen Drang nach schneller „Mietanpassung“ – sprich weitaus höheren Mieten – inzwischen bis auf eine allen Mietparteien gekündigt hat, zum Teil bereits fristlos mit Räumungsklagen.

Dies trifft drei eher einkommensschwache Haushalte (eine Mieterin wohnt dort seit über 40 Jahren) und zwei gewerbliche Mieter, davon die Physiotherapie der Mutter-Kind-Klinik und eine alteingesessene Zahnarztpraxis, beides wichtige Elemente für unseren Kurort, die laut erklärtem Nutzungskonzept der Käuferin erhalten werden sollten.

Sparchrohr für die Mieter

Es stehen jetzt diverse Gerichtstermine für Mieter an. Wir werden die ernüchternde Bestandsaufnahme des Verkaufs einer Immobilie der Stadt in den städtischen Gre-

mien thematisieren. Wir fordern, alle noch bestehenden Eingriffsmöglichkeiten laut Kaufvertrag aktiv zu nutzen. Die Verwaltung ist aufgefordert tätig zu werden.

Und wir stehen natürlich weiter solidarisch an der Seite der Mieter*innen, unterstützen mit Rat und Tat.

Was ziehen wir für Konsequenzen

Der Verkauf der Wriezener Straße 55 war vor allem aber nicht nur unter sozialen Gesichtspunkten ein großer Fehler! Das darf nicht wiederholt werden.

Mit Blick auf das letzte große kommunale Grundstück in der Berliner Straße 40 müssen Konsequenzen im Umgang mit städtischem Eigentum gezogen werden. Die Sicherung von Wohnraum für eher einkommensschwache Haushalte verbietet die Vergabe an private Investoren. Damit wird der Spekulation Tür und Tor geöffnet. Es werden naturgemäß kaufkräftige Personen und Gruppen bevorzugt. Die anderen werden verdrängt!

Die Buckower LINKE fordert für das Grundstück Berliner 40 eine bedarfsgerechte Nutzung. Und das heißt

- einen „Bestandsschutz“ für die über 20 Mietparteien,
- ein Angebot zum betreuten Wohnen für unsere Senior*innen,
- ein Angebot für junge Familien und für den Fachkräftenachwuchs im Gastgewerbe, Tourismus und Gesundheitswesen unseres Kurortes.

Ein solcher sozialer Wohnungsbau lässt sich am ehesten verwirklichen, wenn die Stadt Eigentümer der Berliner 40 bleibt, das Grundstück oder Teile davon in Erbpacht vergibt und genossenschaftlichem Wohnungsbau den Vorzug gibt.

Die Buckower LINKE arbeitet aktiv daran der Stadtverordnetenversammlung entsprechende konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Mehrheiten müssen wir organisieren.

*Dr. Gerhard Richter
Stadtverordneter DIE LINKE. Buckow
Fraktionsvorsitzender Linke.Zukunft.Dialog*



Dr. Gerhard Richter, Stadtverordneter der LINKEN in Buckow, auf dem Hof des durch die Stadt an eine private Investorin veräußerten Objekts Wriezener Straße 55. Das Objekt befindet sich neben dem Theater UntenDrunter.

Die Berliner Straße 40 umfasst das der Stadt gehörende Gelände der ehemaligen FDJ-Schule in Buckow. In dem hier abgebildeten Gebäude wohnen überwiegend Menschen mit geringem Einkommen zu einer günstigen Miete. Auf dem Gelände befinden sich auch ein bis letztes Jahr als Kita genutztes Gebäude und ein Saalbau. Außerdem sind großzügige Freiflächen vorhanden. Eine Veräußerung des gesamten Objektes gegen Meistgebot muss verhindert werden.



Foto: R. Pflanz

LINKE tagen zwischen Wassersystem und ländlichem Gerät

„In Altranft präsentieren wir Ihnen das Oderbruch – sein einmaliges Wassersystem, seine Menschen und ländliche Kultur. In den historischen Gebäuden des brandenburgischen Gutsbaurndorfes erzählen wir über das ländliche Handwerk, den Wandel eines Dorfes und die Veränderungen in der Landwirtschaft.“ Leidenschaftlich stellen Dr. Kenneth Anders und Lars Fischer vom Museumsverein Altranft e. V. uns Mitgliedern der Stadtfraktion DIE LINKE. Bad Freienwalde auf unserer



Klausur vor Ort Anfang Juni die vielfältigen Angebote des neu gestalteten Oderbruch Museums vor. Schließlich haben sich besonders Linke der Stadt Bad Freienwalde mit dem Ortsteil Altranft, des Kreises Märkisch-Oderland und des Landes Brandenburg gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern und Vereinen viele Jahre für Erhalt und Neuausrichtung dieses kulturhistorischen Kleinods eingesetzt. Beeindruckt lassen wir uns nun durch die Dauerausstellung führen.

Das zentrale Objekt bildet dabei ein riesiges Gespinnst, das die besondere Topografie des Oderbruchs, die Wasserführung der Oder sowie das über 1000 Kilometer lange Grabensystem mit Schöpfwerken und Wehren anschaulich darstellt. Einen sehenswerten Einblick ins Leben und in die besondere Landschaft vermitteln zudem Fotografien mit Bewohnern und Orten, Filme und Audiostationen sowie historische Gegenstände der ländlichen Kultur. Der Besucher erfährt u. a. von der frühen Geschichte des einstigen Fischerdorfes am Rande des Oderbruchs, das seit dem 14. Jahrhundert als Gutsbaurndorf fünf Besitzerfamilien erlebte und in der DDR-Zeit

eines der ersten Dörfer war, in denen eine LPG gegründet wurde. Und vieles mehr ist zu entdecken wie außerhalb des Schlosses ein altes, reetgedecktes Landarbeiterhaus, eine Dorfschmiede und eine Patronatskirche.

Ein Museum im Wandel

Seit 2016 wandelt sich das Museumsdorf, das bereits in den achtziger Jahren gegründet wurde. Dabei wird es von der Kulturstiftung des Bundes, dem Landkreis und der Stadt Bad Freienwalde unterstützt. Heute gehören neben der Ausstellung auch eine offene Museumswerkstatt, vielfältige Projekte für Schule und Kindergarten, zahlreiche kulturelle und landwirtschaftliche Events wie das jährliche Erntefest dazu.

Die Mitglieder der Linksfraktion wollen sich weiterhin aktiv dafür einsetzen, dass der anerkanntswerte Transformationsprozess weitergeführt werden kann. Von Stadtverordnetenversammlung und Verwaltung werden wir eine klare Aussage verlangen, wie und in welcher Höhe sich die Stadt Bad Freienwalde auch künftig finanziell an den Kosten dieses



Prozesses beteiligt. Einen entsprechenden finanziellen Beitrag wollen wir in der Haushaltsdebatte 2021 einfordern. Zudem wollen wir erreichen, dass sich Einrichtungen, Vereine und Einzelpersonen noch aktiver in den Gestaltungsprozess u. a. mit Kooperationsprojekten einbringen. Außerdem wird sich die Fraktion auch künftig regelmäßig mit der Entwicklung des Museums befassen.

*Joachim Fiedler
Bad Freienwalde*

Seelower LINKE beantragt Bürgerbudget

Die Seelower Bürger*innen bekommen ein Bürgerbudget von 10000 Euro. Diesen Antrag hat die Seelower Linksfraktion in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Den von vielen Kommunen erfolgreich umgesetzten Bürgerhaushalt wird es nun auch in Seelow geben. Ursprünglich wollte die Fraktion der LINKEN dafür 20000 Euro in den Stadthaushalt einplanen. Nach längerer

Diskussion zeigte sich Klaus Richter im Namen der LINKEN kompromissbereit und nannte die Summe 10000 Euro. Die Änderung wurde dann mehrheitlich angenommen. Die Projekte für den neuen Bürgerhaushalt sollen in den Ausschüssen besprochen und dann den Bürger*innen vorgestellt werden.

*Doris Richter
Seelow*

LINKSFRAKTION im Stadtparlament der Kreisstadt Seelow 2019 - 2024





v. l. Simone Schubert, Carsten Wenzel, Niels-Olaf Lüders

Wie gehe ich mit den Ängsten und abweichenden Gedanken meines Nachbarn um?

Leider ist mir in den letzten Wochen und Monaten der Coronakrise oft aufgefallen, dass viele Menschen, auch aus unseren Reihen, mit den Ängsten, Bedenken und dem Andersdenken unserer Mitmenschen teilweise sehr unsachlich umgehen.

Vielleicht auch aus der eigenen Angst oder Unwissenheit heraus. Mir ist es wichtig, hier in unserem Kreis zur Änderung dieser Herangehensweisen aufzufordern. Wenn Mitmenschen Ängste haben, sei es um den möglichen Verlust demokratischer Rechte, soziale Ängste, Angst vor Impfpflicht, Immunitätsnachweis usw., sollte es unsere Aufgabe sein, diese Ängste zu nehmen. Wir sollten auch in der Lage sein, unterstützt durch eine qualitative gute Informationspolitik unserer Parteivorstände und Fraktionen, kontroverse Diskussionen sachlich zu führen.

Es ist nicht in Ordnung, andere als Spinner, Verschwörungstheoretiker oder gar als Rechte hinzustellen, nur weil diese andere Meinungen haben!

Unsere Aufgabe ist es auch für diese Menschen da zu sein und überall, wo wir stehen, dafür zu sorgen, dass genau diese Ängste nicht Wirklichkeit werden!

*Carsten Wenzel
Strausberg*

BO Tamara Bunke / Strausberg

Die Stadtorganisation der Linkspartei Strausberg hat am 5. Juni ihre bestehende Organisationsstruktur erweitert. In der ersten Sitzung der neu gegründeten BO „Tamara Bunke“ wurden Carsten Wenzel zum Vorsitzenden und Simone Schubert zur Stellvertreterin gewählt. In der folgenden lebhaften Diskussion wurden Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit der neuen BO herausgearbeitet, wobei von den Mitgliedern ein enges Zusammenwirken mit dem Stadtverband und der Fraktion der LINKEN. Strausberg betont wurde. Besonders wichtig sind uns der Einsatz für ein friedliches Miteinander der Völker und ein angemessener Umgang mit der aktuellen Krisensituation unter Beachtung der Sorgen und Ängste der Bevölkerung. Wir möchten besonders an der Seite derjenigen stehen, die aufgrund ihrer sozialen Benachteiligung am härtesten von der Krise betroffen sind und die keine Lobby haben.

Erster Aufschlag der neuen Basisorganisation wird das Organisieren, in Zu-

sammenarbeit mit dem Stadtverband der LINKEN. Strausberg, einer Unterschriftenaktion zur Aufhebung eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung Strausberg sein!

Wir Unterschreibende fordern die Stadtverordnetenversammlung Strausberg auf, ihren im Jahr 2020 Mehrheitlich gefassten Beschluss, sich nicht der Initiative der Städte der Welt für das Verbot von Kernwaffen anzuschließen, aufzuheben!

Des Weiteren fordern wir die Stadtverordnetenversammlung auf, folgende Vorlage zu beschließen.

„Die Stadtverordnetenversammlung und die unterschreibenden Bürger*innen von Strausberg begrüßen den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen von 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

*Carsten Wenzel
Strausberg*

SPRUCH DER WOCHE

„Seid vor allem immer fähig, jede Ungerechtigkeit gegen jeden Menschen an jedem Ort der Welt im Innersten zu fühlen. Das ist die schönste Eigenschaft eines Revolutionärs.“

Che Guevara.

BEWERBER*INNEN GESUCHT! WERDE KANDIDAT*IN DER PARTEI!

Märkisch-Oderland/Barnim II
mit eigenem Abgeordneten bei



Wahrscheinlich im September 2021 wird die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages in Wahlen neu bestimmt. Zusammen mit einem Teil des Kreises Barnim, vor allem der Stadt Bernau, bildet Märkisch-Oderland den Wahlkreis 59.

Wir werden uns den Wahlkreis 59 zurückerobern, viele Stimmen und ein Direktmandat für DIE LINKE holen. Links ist wichtig, denn rechts gibt es schon genug. Wir brauchen für starke linke Politik eine starke Kandidatin, einen starken Kandidaten. Gute Kandidaten wollen im Wettstreit miteinander gefunden werden. Es braucht möglichst viele Bewerber*innen um

die Kandidatur für diesen Wettstreit. Kennst Du jemanden, der sich in Deinen Augen als Kandidatin/Kandidat unserer Partei im Wahlkreis 59 eignet? Spreche sie oder ihn an. Rede mit ihr oder ihm und wecke Bereitschaft, sich um die Kandidatur zu bewerben. Oder siehst Du Dich selbst als Bewerber*in um die Kandidatur? So oder so, Bewerber*innen melden sich bitte in der Kreisgeschäftsstelle. In der nächsten Ausgabe der IMPULSE werden wir erste Bewerberinnen und Bewerber vorstellen. Wahrscheinlich schon im Oktober werden wir auf einem Wahlkreisparteitag unsere Kandidatin oder unseren Kandidaten wählen. Viel Zeit bleibt also nicht.



Kirsten Tackmann: Wildtierhandel – Infektionsgefahren in die gesetzliche Regulierung einbeziehen

Mit dem fortschreitenden Vordringen des Menschen in bisher nicht oder kaum berührte Lebensräume von Wildtieren steigt auch die Gefahr von Zoonosen, also Infektionskrankheiten, die zwischen Menschen und Tieren übertragen werden. Der internationale legale und illegale Wildtierhandel gilt als großer Risikofaktor für die globale Verbreitung von Zoonosen. Deshalb sind bundeseinheitliche gesetzliche Regelungen dringend erforderlich. DIE LINKE wird noch vor der parlamentarischen Sommerpause dem Bundestag einen Antrag vorlegen, der den Wildtierhandel endlich in notwendigem Maße sowohl arten- als auch infektionsschutzrechtlich reguliert, erklärte unsere Bundestagsabgeordnete Dr. Kirsten Tackmann am 18. Juni 2020 in einem Beitrag auf ihrer Website: kirstentackmann.de

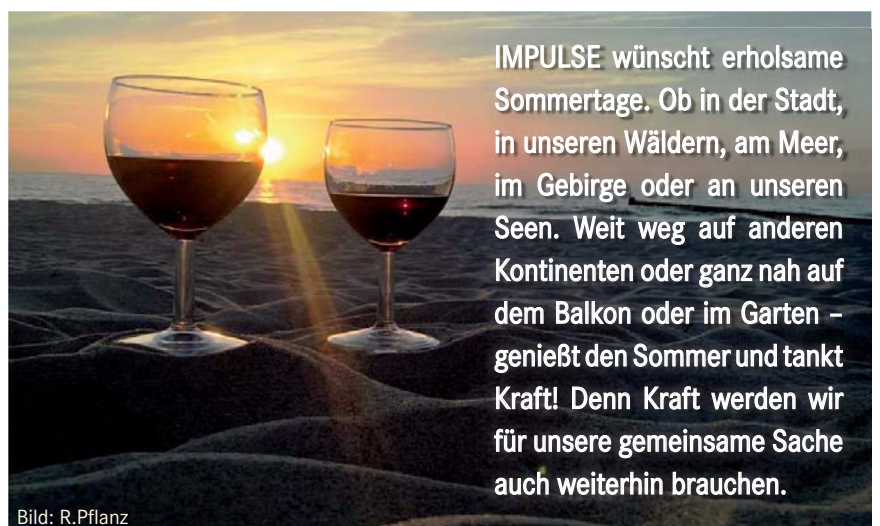


Fraktionssitzung der Linksfraktion im Deutschen Bundestag Quelle: www.linksfraktion.de

Echt? Falsch? Satire?



Quelle: E-Mail Landesgeschäftsleitung DIE LINKE. Brandenburg vom 15.06.2020



IMPULSE wünscht erholsame Sommertage. Ob in der Stadt, in unseren Wäldern, am Meer, im Gebirge oder an unseren Seen. Weit weg auf anderen Kontinenten oder ganz nah auf dem Balkon oder im Garten – genießt den Sommer und tankt Kraft! Denn Kraft werden wir für unsere gemeinsame Sache auch weiterhin brauchen.

Bild: R.Pflanz

Bürgerbüros

Bettina Fortunato (Mdl)
Bürgerbüro Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Geschäftsstellen

Kreisgeschäftsstelle MOL
www.dielinke-mol.de
E-Mail: info@dielinke-mol.de
Bad Freienwalde
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
E-Mail: frw@dielinke-mol.de
www.dielinke-frw.de
Strausberg
Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
E-Mail: strausberg@dielinke-mol.de
www.dielinke-strausberg.de

LinksTreff

LinksTreff Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de
www.dielinke-seelow.de

Öffnung der Büros der LINKEN im August

- Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. MOL in Strausberg: wieder von Mo. bis Do. von 9 Uhr bis 12 Uhr geöffnet
LinksTreff in Seelow: dienstags von 9 Uhr bis 12 Uhr
Wahlkreisbüro von Bettina Fortunato in Seelow: Montag bis Donnerstag von 9 Uhr bis 13 Uhr
Redaktionsschluss der nächsten Impulse: 1. August 2020
Erscheinen der nächsten Impulse: 15. August 2020

Impulse für die impulse
Informationsblatt des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE. Märkisch-Oderland

Deine Mithilfe ist gefragt!

Das „Informationsblatt des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE. Märkisch-Oderland“ – so der Untertitel unserer IMPULSE – begleitet seit vielen Jahren die Arbeit der LINKEN im Kreis. Immer mal wieder stellte sich die Frage nach Ausrichtung, Form und Inhalt unserer Zeitung. Das ist für die Lebendigkeit einer politischen Zeitung, gerade einer so kleinen wie der unseren, wichtig und richtig. Es ist nach einhelliger Ansicht des Kreisvorstandes an der Zeit, unserer Zeitung IMPULSE neue Impulse zu geben. Ein Auslöser ist die Tatsache, dass schon seit längerem jeden Monat Hunderte gedruckte IMPULSE ungenutzt in die blaue Tonne wandern. Das ist natürlich auf Dauer kein vertretbarer Zustand. Aber auch hinsichtlich des inhaltlichen Rahmens und der Ausgestaltung sind neue Ideen gefragt. So wurde zum Beispiel festgestellt, dass Informationen zur Arbeit der LINKEN in den Kommunen in den IMPULSEN

recht mager vertreten sind. Gerade aber aus anderen Kommunen können auch Impulse für die Arbeit in den eigenen Gemeinden kommen. Die Integration von Stadt- und Gemeindezeitungen der LINKEN in die IMPULSE bietet da doch einige Möglichkeiten. Allein aus dem Kreisvorstand heraus können und wollen wir unsere IMPULSE jedoch nicht runderneuern.

Wir brauchen Deine Mithilfe!

Solltest Du also Interesse haben, in einer Gruppe mitzuarbeiten, die sich mit der Überarbeitung unserer IMPULSE befasst, oder willst Du Ideen zu Ausgestaltung und Inhalten der IMPULSE loswerden, willst oder möchtest Du künftig regelmäßig Beiträge beisteuern, melde Dich bitte bei Reimar Pflanz per Telefon 0160-6 58 84 30 oder per E-Mail reimar.pflanz@arcor.de. Alle Interessierten sollten sich den 8. August, 10 Uhr, in ihren Kalendern vormerken. An diesem Tag werden wir gemeinsam mit den Vorsitzenden der Ortsverbände detailliert besprechen, wie wir den Zug ins Rollen bringen. Fürs erste hat sich ein vorläufiges Redaktionsteam mit Renate Adolph, Reimar Pflanz, Simone Schubert und Carsten Wenzel gebildet. Die IMPULSE, die Du gerade liest, sind das zugehörige, sicher noch sehr ausbaufähige Produkt. Du fehlst im Team, um es besser zu machen!

Zeitung des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE – Märkisch-Oderland



Unsere Impulse haben sich immer auch ein wenig verändert. Hier die Frontseite der Ausgaben vom Oktober 2007, April 2012 und Juli 2017. Alte Ausgaben der Impulse findest Du unter www.dielinke-mol.de/impulse. Das Stöbern im Archiv lohnt sich.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist wichtig, zu den großen und kleinen Themen der Politik und des Lebens miteinander ins persönliche Gespräch, vielleicht auch in einen Diskurs zu kommen. Das gilt immer und jetzt erst recht. Da wir ein in die Fläche verstreuter Kreisverband sind, ist es doch oft mit einem ziemlichen Aufwand verbunden, wenn beispielsweise Genoss*innen aus Neuenhagen mit denen aus Letschin ins Gespräch kommen wollen. Das muss heute nicht mehr sein! Der Kreisvorstand hat sich daher entschlossen, ein Format für den regelmäßigen Austausch über Ortsverbände und persönliche Beziehungen hinweg zunächst als Telefonkonferenz, ab August an einem festen Ort mit Videokonferenzanbindung ins Leben zu rufen. Wir nennen es „Offenes politisches Gespräch der MOL-Linken“ Vielleicht fällt uns gelegentlich ein griffigerer Name ein. Ihr seid auf jeden Fall herzlich eingeladen teilzunehmen.

- Nächste Termine:
28. Juli, 19 Uhr, Einstiegsthema: „Die LINKE und die NATO“ (Telefonkonferenz),
25. August, 19 Uhr, Einstiegsthema: „Kreisschulentwicklungsplan“ (Kreisgeschäftsstelle und Videokonferenz).
Bitte beachtet für Zugangsdaten zur Telefonkonferenz die E-Mail-Wocheninfo der Kreisgeschäftsstelle oder ruft dort an.

Der Kreisvorstand DIE LINKE. MOL trifft sich am Mittwoch, 22. Juli, 18.30 Uhr, in der Geschäftsstelle Strausberg, Große Straße 45. Gemeinsam mit den Vorsitzenden der Ortsverbände werden u. a. die Vorbereitungen der Friedenswoche und der Bundestagswahlen 2021 beraten.

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.
V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, Reimar Pflanz, Simone Schubert, Carsten Wenzel, info@dielinke-mol.de.
Layout u. Satz: Fortunato Werbung, - www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat